

milles d'agriculteurs, qu'il y a les plus grands risques, mais aussi du côté des familles de salariés où on demande de plus en plus aux enfants de faire un travail supplémentaire le samedi, parfois le dimanche, pendant les jours de congé, parce que le budget de la famille se restreint. Chacun de nous connaît des exemples. On peut discuter de la façon dont les enfants sont élevés et de ce qu'on exige des enfants en dehors des temps scolaires dans certaines familles.

Il est faux de dire ici que le risque n'existe pas, ou n'existe plus, ou n'existera plus jamais dans notre pays. Ça n'est pas vrai, ça dépend fortement de l'évolution de la situation économique.

Koller Arnold, Bundesrat: Bei Artikel 101, bei der Frage des Verbotes der Kinderarbeit, geht es eindeutig um eine politische Zweckmässigkeitsfrage. Es geht nämlich allein um die Frage, ob wir eine Kompetenz, die der Bund schon aufgrund von Absatz 1 Litera a hat und übrigens auch benutzt hat – das Verbot der Kinderarbeit gilt heute schon in der Schweiz –, jetzt auf Verfassungsstufe heben wollen. Das ist die politische Wertungs- und Zweckmässigkeitsfrage, die Sie zu entscheiden haben.

Der Ständerat und der Bundesrat sind bisher der Meinung gewesen, dass das nicht opportun sei, und zwar aus der Überlegung heraus, dass wir dieses Verbot der Kinderarbeit schon heute haben und eigentlich ein falsches Signal geben würden – als ob das Verbot der Kinderarbeit in der Schweiz heute ein grosses Problem wäre. Das ist die eine Argumentation gewesen.

Die andere Argumentation haben Sie soeben von Herrn Aeby gehört: Es gibt Leute, die befürchten, dass das Problem bei uns wieder aktuell werden könnte. Das ist die Frage, die Sie zu entscheiden haben.

Ich möchte aber vor allem auf folgendes hinweisen: Der Bundesrat hat am 21. September 1998 einen Bericht verabschiedet, in dem er dem Parlament die Genehmigung des Übereinkommens Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung der Beschäftigung beantragt. Dieses Übereinkommen ist im Jahre 1973 von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen worden. Es legt das Mindestalter für alle Arten von Arbeit grundsätzlich bei 15 Jahren fest, sieht aber für leichtere Arbeiten ein tieferes, nämlich 13 Jahre, und für gefährliche Arbeiten ein höheres Mindestalter, nämlich 18 Jahre, vor. Der Bundesrat schlägt dem Parlament vor, das Übereinkommen in allen Wirtschaftsbereichen, d. h. auch in der Landwirtschaft, in den Gärtnereien, in der Fischerei und in den privaten Haushaltungen, anzuwenden, jedoch reine Familienbetriebe, auf die das Arbeitsgesetz nicht anwendbar ist, von diesem Geltungsbereich auszunehmen.

Der Schweizerische Bauernverband hat sich in der Vernehmlassung zur Genehmigung dieses Abkommens und auch zum grundsätzlichen Einbezug der Landwirtschaft positiv geäußert, allerdings im Wissen darum, dass Familienbetriebe ausgenommen sind, wie ich soeben ausgeführt habe.

Arbeiten, die von Kindern in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und in anderen Ausbildungsstätten ausgeführt werden, sowie Arbeiten, die von Kindern im Alter von mindestens 14 Jahren im Rahmen einer Lehre in Betrieben ausgeführt werden, fallen nicht in den Geltungsbereich dieses Abkommens. Ebenfalls nicht erfasst werden Gelegenheitsarbeiten zur Aufbesserung des Taschengelds, also Babysitten, sporadischer Verkauf von Zeitungen und ähnliche Nebenerwerbstätigkeiten.

Ich glaube, Sie werden dieses Abkommen demnächst beraten. Das zeigt Ihnen noch einmal, dass wir das Verbot der Kinderarbeit schon haben, und zwar in einer differenzierten, austarierten Art und Weise.

Ich möchte einfach noch festgehalten haben: Wenn sich der Nationalrat und die Minderheit Leumann durchsetzen, dann ist es sicher zweckmässig, dass man zuhanden der Materialien festhält, dass das Verbot der Kinderarbeit im Sinne dieses Abkommens zu verstehen ist; das wäre wichtig. Im übrigen ist es, wie gesagt, ein Zweckmässigkeits-, ein Wertungsentscheid, den Sie zu treffen haben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	28 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	14 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3

Aeby Pierre (S, FR), rapporteur: Dans le projet du Conseil fédéral, le 1er août est assimilé à un dimanche. Dans la version du Conseil national, il est assimilé à un dimanche, mais rémunéré. Comme rapporteur, je peux être très bref. Tous les arguments ont été avancés sur ce point. Les opinions au sein de la commission étaient faites, ce qui nous vaut une proposition de minorité qui demande d'adhérer à la décision du Conseil national.

Büttiker Rolf (R, SO): Ich möchte Ihnen beliebt machen, sich hier dem Nationalrat anzuschliessen und dieses unwürdige «Schauspiel» um den 1. August – die Bezahlung des Lohns an diesem Tag und die entsprechende Formulierung in der Verfassung – zu beenden. Wir sind uns in der Sache selbst eigentlich einig, dass der 1. August bezahlt werden muss und dass eine Lohnzahlungspflicht besteht.

In Artikel 116bis Absatz 1 der geltenden Bundesverfassung heisst es: «Der 1. August ist in der ganzen Eidgenossenschaft Bundesfeiertag.» Absatz 2 lautet: «Er ist arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt. Einzelheiten regelt das Gesetz.» Nur ist es bisher durch das Gesetz zu keiner Regelung gekommen. Das Bundesfeiertagsgesetz ist im Parlament gescheitert, und eine Regelung der Sonntagsarbeit im Arbeitsgesetz ist ebenfalls gescheitert.

Somit gilt vorläufig – wenn ich dies richtig sehe, Herr Bundesrat – die Verordnung von 1994; dort ist in Artikel 1 Absatz 3 klar geregelt, dass für den arbeitsfreien Bundesfeiertag volle Lohnzahlungspflicht durch den Arbeitgeber besteht. Diese Verordnung ist derzeit immer noch in Kraft.

Wir befinden uns im Bereich der Nachführung der Bundesverfassung. Auch im Abstimmungskampf betreffend Artikel 116bis der Bundesverfassung ist allen klar gewesen, dass dieser Bundesfeiertag bezahlt werden muss und dass eine Lohnzahlungspflicht besteht. Weil vorläufig keine Regelung besteht, hat der Nationalrat mit deutlichen Mehrheiten auch dies in der Verfassung stipuliert. Eine explizite Regelung auf Verfassungsstufe hätte den Vorteil, dass diese Frage rasch und direkt geklärt werden könnte.

Ich muss Ihnen zugestehen, dass zwei Punkte etwas stossend sind:

1. Man kann sich wirklich fragen, ob die Regelung betreffend die Lohnzahlung an einem Feiertag in die Verfassung gehört.
2. Es ist bis anhin nicht gelungen – weder im Nationalrat noch im Ständerat –, eine klare Formulierung zu finden, die den Tatbestand sauber regelt. Auch in der Kommission hat man sich eigentlich nicht an der Sache gestossen, sondern an der Formulierung.

Ich möchte Ihnen beantragen, das «Schauspiel» zu beenden und mit der Frage der Lohnzahlung am 1. August nicht in die Einigungskonferenz zu gehen, sondern sich jetzt dem Nationalrat bzw. der Minderheit Gentil anzuschliessen und diese Differenz zu bereinigen.

Koller Arnold, Bundesrat: Ich möchte Sie auch dringend bitten, dem Nationalrat zuzustimmen.

Das Prinzip der Lohnzahlungspflicht für den 1. August sollte nicht mehr umstritten sein. Leider hat aber der Gesetzgeber wirklich alle Möglichkeiten verpasst, das Prinzip der Lohnzahlung am 1. August in den geeigneten Gesetzen aufzunehmen; ich denke an das Bundesfeiertagsgesetz und an die erste und zweite Arbeitsgesetzrevision. Man hat jede mögliche Chance, das auf einer angemessenen Hierarchiestufe zu regeln, vorbeigehen lassen.

Ich bin überzeugt: Das ist jetzt eine Frage der Glaubwürdigkeit, auf jeden Fall für den Bundesrat. Der damalige Innenminister, Herr Cotti, hat seinerzeit, vor der Abstimmung, klar gesagt, dass der 1. August ein bezahlter Feiertag sein soll. Jetzt müssen wir diese Verpflichtung tatsächlich erfüllen.

Zuhanden der Materialien soll auch klar festgehalten sein, dass keinerlei Zahlungspflicht für den Staat besteht. Die Zahlungspflicht, und zwar die volle Lohnzahlungspflicht, betrifft natürlich den Arbeitgeber. Er ist der Adressat dieser Verpflichtung. Wenn wir das in den Materialien ausdrücklich so festhalten, haben wir dieses – ich möchte fast sagen: leidige – Problem betreffend den 1. August endlich vom Tisch.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	15 Stimmen

Art. 118 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 118 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Aeby Pierre (S, FR), rapporteur: Dans cette disposition, le Conseil national avait introduit le respect par la loi des principes de l'universalité, de l'égalité de traitement et de la capacité économique. Dans un premier temps, notre Conseil avait refusé de se rallier à cette décision, considérant que ces principes étaient tous trois tout à fait valables pour les impôts directs, mais qu'ils pouvaient nous occasionner certaines difficultés en matière d'imposition indirecte: par exemple, comment respecter la capacité économique concernant la TVA, etc.?

Lors d'un nouvel examen de cette disposition, nous avons trouvé la formulation suivante: «Dans la mesure où la nature de l'impôt le permet, les principes de l'universalité, de l'égalité de traitement et de la capacité économique doivent, en particulier, être respectés.»

La commission considère que c'est là une formulation susceptible de mettre les deux Conseils d'accord. Elle vous propose donc de l'adopter afin que, très vraisemblablement, elle puisse à son tour être adoptée par le Conseil national. Ainsi, une divergence serait éliminée.

Angenommen – Adopté

Ziff. II Abs. 2 Ziff. 2a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II al. 2 ch. 2a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Aeby Pierre (S, FR), rapporteur: Nous n'avons pas le choix de faire autre chose que d'adhérer à la décision du Conseil national, puisque nous nous sommes ralliés au maintien de cette disposition, article 45bis alinéa 1er, dans le texte de la Constitution fédérale. Notre Conseil avait, au départ, biffé cet alinéa qui s'était retrouvé dans les dispositions transitoires pour permettre à la Confédération, pendant un délai qui devait être, sauf erreur, de dix ans – ou qui n'a pas été fixé –, d'abandonner petit à petit ce renforcement des liens ainsi que la politique qu'elle peut avoir à cet égard.

Or, cet alinéa est maintenu et figure encore et toujours dans la Constitution fédérale. Nous n'avons donc plus à en traiter dans les dispositions transitoires. C'est quelque chose de tout à fait logique du point de vue de la systématique que de nous rallier à cet endroit au fait de biffer l'alinéa 2a de l'article 2 au chiffre II des dispositions transitoires.

Angenommen – Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

97.018

Spielbankengesetz

Loi sur les maisons de jeu

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1997, Seite 1308 – Voir année 1997, page 1308

Beschluss des Nationalrates vom 30. September 1998

Décision du Conseil national du 30 septembre 1998

Bundesgesetz über das Glücksspiel und über die Spielbanken

Loi fédérale sur les jeux de hasard et les maisons de jeu

Aeby Pierre (S, FR), rapporteur: Une vingtaine de divergences opposait nos deux Conseils après un premier examen de cette loi, loi difficile, loi complexe, loi qui a sollicité de manière très soutenue les Commissions des affaires juridiques, aussi bien la nôtre, comme Conseil prioritaire, que celle du Conseil national. Nous arrivons maintenant au terme de nos délibérations. Même si cela ne figure pas sur le programme, nous serons appelés à reprendre cette loi, et l'objectif ici, comme pour la Constitution fédérale, est de mettre enfin un terme à ces délibérations lors des votations finales du dernier jour de cette session.

La Commission des affaires juridiques du Conseil national se réunit après-demain. Peut-être qu'il ne subsistera plus de divergence, auquel cas, pour nous, l'objet serait liquidé. Peut-être qu'il subsistera l'une ou l'autre – de moindre importance, c'est à souhaiter –, auquel cas notre Commission des affaires juridiques siégerait et notre Conseil serait amené à intégrer ces dernières petites divergences – en tout cas, c'est ce que nous souhaitons – dans le courant de la deuxième ou de la troisième semaine de cette session.

Après ces quelques remarques préliminaires, j'en viens à l'article 2. La divergence est essentiellement rédactionnelle: «... le blanchiment d'argent dans ou par les maisons de jeu.» Considérant que les maisons de jeu, elles-mêmes, peuvent être tentées par des opérations de blanchiment, nous avons accepté, sans aucune opposition, ce complément apporté par le Conseil national, et je vous propose d'en faire autant.

Koller Arnold, Bundesrat: Erlauben Sie mir einleitend zu dieser Differenzbereinigung eine Bemerkung: Der Bundesrat ist der Meinung – und möchte in diesem Sinne an Sie appellieren –, dass Sie alles tun müssen, um das Spielbankengesetz in dieser Session zu verabschieden. Wie Sie wissen, musste der Bundesrat auf diesem Gebiet zweimal die Notbremse ziehen. Er musste es das erste Mal im Jahre 1996 mit dem Erlass eines Moratoriums tun, als sich ein überbordender Kursaalboom – sprich: Geldspielautomatenboom – abzuzeichnen begann. Leider mussten wir dann im Mai dieses Jahres noch einmal die Notbremse ziehen, um Umgehungen des bundesrätlichen Moratoriums zu vermeiden. Wenn wir das nicht getan hätten, wäre dieses Gesetz zum reinen Papiertiger geworden; wir wären – mindestens in Europa – in kürzester Zeit zum spielbankenreichsten Land geworden.

Es ist klar, dass dieses zweimalige Ziehen der Notbremse kein sehr befriedigender Zustand ist, denn wir haben heute auf der einen Seite die «beati possidentes» – die glücklich Besitzenden –, die Kursäle haben, wie beispielsweise der Kanton Bern, der auf diesem Gebiet halt einmal am schnellsten war, und auf der anderen Seite die sogenannten Habenichtse, die auf diesem Gebiet überhaupt nichts besitzen. Dazwischen gibt es einige Kantone, die versucht haben, irgendwie durch die Maschen zu schlüpfen. Dieser Zustand sollte nicht weiter anhalten. Ich möchte Sie daher dringend bitten, dieses Gesetz wenn möglich in dieser Session zu verabschieden.

Wir werden nachher alles unternehmen müssen – es bleibt uns noch eine grosse Arbeit mit den Ausführungsverordnungen.